

Deradikalisierung bedeutet Infektionsschutz

**Maßnahmen zur Eindämmung
verschwörungsideologischer
Radikalisierung im Zuge der
Corona-Pandemie**

Deradikalisierung bedeutet Infektionsschutz:

Maßnahmen zur Eindämmung verschwörungsideologischer Radikalisierung im Zuge der Corona-Pandemie

Amadeu Antonio Stiftung, September 2020

Die Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 29.8. stellt den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung dar, die seit Beginn der Corona-Pandemie zu beobachten ist: Rechtsextreme Akteure versuchen aktiv, Unmut über die Maßnahmen zum Infektionsschutz und Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu besetzen und für sich zu nutzen. Die Radikalisierung in den Sozialen Netzwerken kommt nun zunehmend auf den Straßen an, wo offen Umsturzfantasien zur Schau getragen werden und die massenhafte Mobilisierung der rechtsradikalen und rechtsextremen Szene zur Demonstration der Corona-Leugner*innen Angsträume und No-Go-Areas für potentielle Opfer von Hassgewalt geschaffen haben.

Zusammenfassend muss die Demonstration als Schauplatz einer geplanten und inszenierten rechtsextreme Raumnahme bezeichnet werden. Bilder von Reichsflaggen an symbolträchtigen Orten der Demokratie wie den Stufen des Reichstags oder dem Brandenburger Tor dominierten die Außenwirkung der Demonstration und entfalteten hohe Symbolkraft weit über Berlin hinaus. Ein breites Spektrum Demonstrierender war nicht bereit, sich deutlich von Rechtsextremen und Reichsbürger*innen abzugrenzen¹. Stattdessen erlaubten sie diesen, die Massendemonstration als Erfolg für sich zu verbuchen und Aufbruchstimmung zu verbreiten – eine Situation, wie sie zuletzt nach den rechtsradikalen Demonstrationen von Chemnitz 2018 die rechtsterroristische Gruppe „Revolution Chemnitz“ und den Mörder von Walter Lübcke beflügelte². Hier gilt das Wort des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier: „Wer auf den Straßen den Schulterchluss mit Rechtsextremisten sucht, aber auch wer nur gleichgültig neben Neonazis, Fremdenfeinden und Antisemiten herläuft, wer sich nicht eindeutig und aktiv abgrenzt, macht sich mit ihnen gemein.“

¹ Laut einer jüngsten Schätzung des Berliner Verfassungsschutzes nahmen rund 2.500 bis 3.000 Menschen aus der Rechtsextremistischen- und der "Reichsbürger"-Szene an der Berliner Corona Leugner*innen Demonstration teil. RBB: Verfassungsschutz stellt Lagebericht vor. Rund 2.500 Rechtsextreme bei Corona-Demo im August. 9. September 2020.

https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/09/berlin-ausschuss-verfassungsschutz-corona-demonstrationen.html

² MDR: Aussage von Stephan E.. Nach Chemnitz-Demo "stand fest, dass wir das machen", 05. August 2020. <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/mordfall-walter-luebcke-mutmasslicher-moerder-afd-demo-chemnitz-100.html>

Es braucht schnelle Antworten mit Substanz und Signalwirkung, sowohl in das Milieu der Corona-Leugner*innen als auch die gesamte Gesellschaft hinein - von den Landesregierungen und der Bundesregierung, der Zivilgesellschaft sowie der Medizin, Wissenschaft und Gesundheitsbehörden.

Die Amadeu Antonio Stiftung fordert dazu:

- **ein mit 10 Millionen Euro ausgestattetes Bundesprogramm zur Bekämpfung von Antisemitismus und Verschwörungserzählungen, das Expertise und Vernetzung zum Thema in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Sicherheitsbehörden fördert;**
- **eine flächendeckende Gefährderanalyse in Online-Communities, aber auch in klassischen offline-Gefährdermilieus sowie konsequente Repressionsmaßnahmen gegen Reichsbürger*innen;**
- **die Einbindung der Radikalisierungsprävention gegen Verschwörungserzählungen und Desinformationen in die staatliche Strategie zur Eindämmung der Corona-Pandemie**

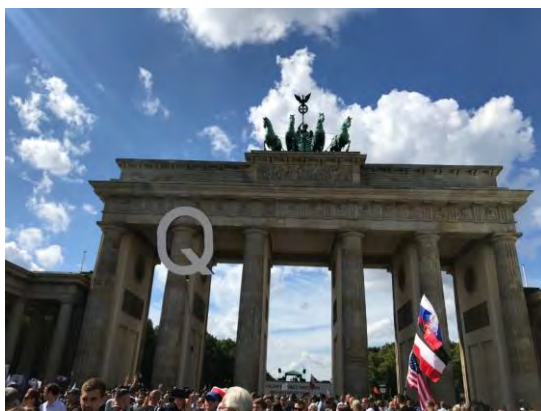
Inhalt

1. Sofortprogramm gegen Verschwörungsideologie und Antisemitismus
2. Pandemie-Bekämpfung und Radikalisierungsprävention zusammendenken
3. Repressionsdruck auf Reichsbürger erhöhen
4. Rechtsextremismus-Begriff schärfen
5. Digitale Hass-Communities ins Visier nehmen
6. Antidemokratische Angsträume verhindern
7. Beratungsangebote ausbauen
8. Radikalisierung erforschen und Expertise erweitern
9. Demokratiebildung neu fassen
10. Informations- und Medienkompetenz stärker fördern
11. Situation von Eltern ins Auge fassen: Radikalisierungspotenzial und Kindeswohl

1. Sofortprogramm gegen Verschwörungsideologie und Antisemitismus

Im Kern eint einen Großteil der Demonstrierenden ein zentraler Punkt: der Glaube, geheime Mächte verbreiteten gezielt Fehlinformationen über die Covid 19-Pandemie, um ihre „dunklen Pläne“ durchzusetzen. Dabei variiert die konkrete Ausgestaltung verschiedener Verschwörungserzählungen von der „QAnon“-Erzählung, die die antisemitische Ritualmordlegende reproduziert, über „Zwangsimpfungen“ bis zur Vorstellung der Reichsideologie, die BRD sei kein legitimer und souveräner Staat.

Gefährlich werden Verschwörungsideologien durch die Überzeugung, man sei Teil eines Kreises von Eingeweihten, der im Kampf von Gut gegen Böse auf der richtigen Seite stehe. Verschwörungsideologien beinhalten damit einerseits ein starkes Identifikationsangebot, andererseits wirken sie stark handlungsmotivierend. Schnelle Radikalisierungsverläufe sind verhältnismäßig häufig zu beobachten³. Das manichäische Weltbild in Verschwörungsideologien führt zu einer radikalen Abwertung der Gruppe, die einer Verschwörung bezichtigt wird, und in letzter Konsequenz zu eliminatorischer Gewalt.



Diese Gewalt und Abwertung richtet sich besonders im rechtsextremen Spektrum häufig entlang rassistischer Zugehörigkeitskonstruktionen aus und trifft besonders häufig marginalisierte und vulnerable Gruppen, wie der rassistische Anschlag von Hanau schmerzlich vor Augen geführt hat. Schon mit Beginn der Pandemie erlebten insbesondere asiatisch und asiatisch gelesenen Menschen verstärkt rassistische Angriffe. Die Betroffenen wurden und werden für den Ausbruch und die Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht.

Verschwörungserzählungen gleichen in ihrer Struktur und Funktion dem Antisemitismus. Antisemitismus bietet seit Jahrhunderten ein Deutungsangebot an jene, die gegen „die da oben“ sind, einfache Antworten auf komplexe Sachverhalte suchen und einzelne, klar benennbare Personen für das Böse in der Welt verantwortlich machen wollen.

³ Pia Lamberty: Verschwörungsmythen als Radikalisierungs-beschleuniger. Eine psychologische Betrachtung, in: Expertisen für Demokratie. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2020. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16197-20200529.pdf>

Oft sind Verschwörungserzählungen aber auch offen antisemitisch oder weichen auf antisemitische Codes aus⁴. Beides war auf den verschiedenen Anti-Corona-Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet zu beobachten⁵.

Der milieuübergreifende Zusammenschluss der Demonstrationen und die Einigkeit in Forderungen und Feindbildern ist nicht ohne den Antisemitismus zu erklären. Antisemitismus und Verschwörungserzählungen bilden den ideologischen Kitt, der vermeintlich politisch entgegengesetzte gesellschaftliche Milieus auf den Corona-Demos vereint. Antisemitismus gründet eine antimoderne, demokratie- und letzten Endes menschenfeindliche Weltanschauung, deren einzelne Elemente wie Irrationalismus, völkischer Nationalismus, Autoritarismus, Antifeminismus und Migrations- und Religionsfeindlichkeit sich hier verbinden (exemplarisch etwa in der rechtsextremen Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“).



Dieses ideologische Syndrom macht den Kern eines rechtsextremen Weltbildes aus, wird von der Einstellungsforschung aber regelmäßig auch in Bevölkerungsschichten nachgewiesen, die sich selbst als politische Mitte oder sogar eher links verstehen und zahlenmäßig den Phänomenbereich des organisierten Rechtsextremismus weit übersteigen⁶. Es sind diese Teile der Bevölkerung, die sich nun als anfällig für rechtsextrem-

⁴ Melanie Hermann, Jan Rathje: Wissen, was wirklich gespielt wird... Widerlegungen für gängige Verschwörungstheorien. Hg. im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung, 2019. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/wissen-was-wirklich-gespielt-wird/>

⁵ Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) hat allein im Zeitraum von Mitte März bis Mitte Juni bundesweit 123 Kundgebungen und Demonstrationen mit antisemitischen Vorfällen gezählt und dokumentiert. RIAS: Monitoring. Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. 2020. https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf

⁶ Die repräsentative „Mitte-Studie“, die 2019 zum ersten Mal auch die Zustimmung oder Ablehnung von Verschwörungsmentalitäten erfasste, kommt zu dem Ergebnis, dass Verschwörungsdenken milieuübergreifend hohen Zuspruch genießt. So geben 46 % der Befragten an, es gebe geheime Organisationen, die Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Fast ein Viertel meint, Medien und Politik steckten unter einer Decke, und jede*r Zweite gibt an, den eigenen Gefühlen mehr zu vertrauen als Expert*innen. Zudem zeigt die Studie auf, dass Menschen, die solchen Verschwörungsmythen glauben, misstrauischer gegenüber dem politischen System sind und gleichzeitig verstärkte Neigungen zu Gewalt und Abwertung zeigen. Andreas Zick; Beate Küpper; Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte - Feindselige Zustände.

verschwörungsideologische Mobilisierung und Narrative erweisen. Gerade esoterische Milieus, Impfgegner*innen und Anhänger*innen mancher „alternativer“ Medizin, Pädagogik oder Spiritualität treffen sich ohnehin mit Rechtsextremen und Antisemit*innen in Irrationalität und Eliten- und Wissenschaftsfeindlichkeit – bei den aktuellen Demonstrationen sind nun bisherige, lebensweltlich begründete Grenzziehungen gefallen⁷.

Wie aktuell und historisch zu beobachten ist, erleben Verschwörungserzählungen und Antisemitismus in Krisenzeiten Hochkonjunktur. Deshalb braucht es dringend Antworten auf die demokratiegefährdende verschwörungsideologische und postdemokratische Querfront, wie sie sich an den Corona-Protesten entzündet.

Dazu gehört zuvorderst eine mit 10 Millionen Euro ausgestattete Nachjustierung der Bundesprogramme zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, in denen das Themenfeld bisher nicht explizit abgebildet ist.

Wo der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus letztere ressortübergreifend als Querschnittsthemen zu etablieren sucht, muss er das gleiche mit dem Thema Antisemitismus und Verschwörungsideologien tun.

Solange die Corona-Krise andauert, braucht es eine gezielte Zusammenarbeit von Akteuren der politischen Bildung, Sozialen Arbeit und Gesundheitsprävention, um Desinformationen und Verschwörungserzählungen rund um Covid-19 zu bekämpfen.

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19; Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter, 2010. <https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie>

⁷ Melanie Hermann: Verbindungen mit anderen Milieus, in: "Reichsbürger" und Souveränisten. Basiswissen und Handlungsstrategien. Hg. im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung, 2018. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/reichsbuerger-und-souveraenisten/>

2. Pandemie-Bekämpfung und Radikalisierungsprävention zusammendenken

Im Zuge der Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen werden demonstrativ und systematisch Hygiene- und Abstandsregeln missachtet. Insbesondere die Weigerung, gemäß den Demonstrations-Auflagen einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, wird zum Erkennungszeichen selbsternannter "Corona-Rebellen" stilisiert. Umgekehrt wurden Pressevertreter*innen und Gegendemonstrant*innen, die eine Maske trugen, beschimpft und bedroht. Es ist davon auszugehen, dass sich die Berliner Demonstration, aber auch bundesweit verstreute lokale Proteste, negativ auf die Bereitschaft auswirken, eine Maske zu tragen.

Ausgehend von den Demonstrationen droht sich eine kleine, aber lautstarke Bewegung zu bilden, die bewusst versucht, die bisher breite Akzeptanz der Infektionsschutzmaßnahmen in der Bevölkerung zu untergraben⁸. Sollte dieses Vorhaben erfolgreich sein, würde das massive Probleme bei der Eindämmung des Infektionsgeschehens nach sich ziehen.

Durch die Verweigerung von Maßnahmen, die vor allem Mitmenschen schützen, werden darüber hinaus Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt erodiert, die doch im Umgang mit der Pandemie wichtiger werden, je länger sie andauert.

Weiterhin hat die massenhafte Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Desinformation einen Vertrauensverlust in Politik und Wissenschaft als maßgebende Akteure der Pandemie-Eindämmung zur Folge⁹. Sollte sich in den kommenden Monaten die ökonomische Situation von größeren Gesellschaftsschichten weiter verschlechtern, droht aus dieser Gemengelage eine ernsthafte Krise der Demokratie zu erwachsen, die die organisierten, verfassungsfeindlichen Teile der Demonstrierenden nur zu gerne für ihre Agenda nutzen werden.

Das Vorgehen gegen Desinformationen und Verschwörungsideologie muss ein zentraler Teil einer weiterhin erfolgreichen Gesamtstrategie gegen Covid-19 werden.

Präventionsarbeit gegen Verschwörungsdenken sollte zu den Grundlagen von Präventionskonzepten im Gesundheitsbereich gehören. Wissenschaftler*innen, Pfleger*innen, Gesundheitspersonal und Ärzte werden jüngst vermehrt mit

⁸ Tillmann Steffen: Sie wollen sich anstecken dürfen. In: Die Zeit, 9. Mai 2020.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/coronavirus-proteste-demonstrationen-infektionsschutz-einschraenkungen/komplettansicht>

⁹ Jochen Roose: Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Hg. im Auftrag der KAS, 2020.

<https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Eine+repr%C3%A4sentative+Umfrage+zu+Verschw%C3%B6rungstheorien.pdf/0f422364-9ff1-b058-9b02-617e15f8bbd8?version=1.0&t=1599144843148>

Verschwörungserzählungen konfrontiert¹⁰ und zum Teil auch persönlich angegriffen, zum Beispiel von Impfgegner*innen. Alleine aufgrund einer medizinischen Notwendigkeit müssen sie in der Lage sein, auf Verschwörungserzählungen zu reagieren, diese einzuordnen oder auch deeskalierend zu reagieren, um eine weitere Radikalisierung und Aggression zu vermeiden.

3. Repressionsdruck auf Reichsbürger erhöhen

Auf der Demonstration vom 29. August waren die Reichsflagge und ihre Farben Schwarz-Weiß-Rot allgegenwärtig. Forderungen nach einem Reich anstelle der Parteiendemokratie oder nach einem Friedensvertrag wurden unter den Demonstrierenden häufig geäußert. Das zeigt, wie erfolgreich die politisch erfahrenen Vertreter*innen der Reichsideologie ihr Identifikationsangebot an die Demonstrierenden herantragen konnten: Die Vorstellung von einem Reich als „Gegen-BRD“ und die zugehörige Ikonographie haben enormen Anklang unter Corona-Leugner*innen gefunden, wie die Selbstinszenierungen der Verschwörungsideologen Attila Hildmann oder Xavier Naidoo zeigen. Von der Bühne der Reichsbürger vor dem Reichstag sprachen im Verlauf der Demonstration die radikalsten Personen, die Aufforderung zum sogenannten „Sturm auf den Reichstag“ erging von hier.



Seit Jahren werden Reichsbürger und ihre demokratiefeindliche Ideologie bagatellisiert. Von den 19.000 Personen, die der Verfassungsschutz der Szene zuordnet, stuft er lediglich 950 als Rechtsextreme ein¹¹. Diese Einschätzung übersieht, dass die völkischen Gesellschaftsvorstellungen der Reichsbürger demokratiefeindlich, antisemitisch und rassistisch und damit genuin als

¹⁰ Der Standard: Coronavirus. Ärzte verzweifeln an Falschinformation im Netz., 1. September 2020.

<https://www.derstandard.de/story/2000119709925/coronavirus-aerzte-verzweifeln-an-falschinformation-im-netz>

¹¹ Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2019. Hg. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Juli 2020.

<https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vs-bericht-2019>

rechtsextrem einzuordnen sind¹². Reichsbürger haben eine hohe Affinität zu Gewalt als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele; dazu gehört auch der Umsturz des demokratischen Parteiensystems. Bereits seit 2013 rufen Reichsbürger-Gruppierungen jährlich zum „Sturm auf den Reichstag“ auf¹³.



Die öffentliche und mediale Darstellung von Reichsbürgern als amüsante Einzelfälle hat zu einer Verharmlosung beigetragen, die heute eine fehlende gesellschaftliche Ächtung und Distanzierung zur Folge hat. Wenn Zehntausende Menschen ohne Hemmung gemeinsam mit Reichsbürgern demonstrieren und ihre zentralen Verschwörungserzählungen und Forderungen übernehmen, muss von einer rechtsextremen Reichsbürger-Bewegung

im Aufwind gesprochen werden.

Es ist dringend geboten, dem Thema Reichsbürger eine hohe Priorität in der inneren Sicherheit einzuräumen. Dem unter Reichsbürgern weit verbreiteten Gefühl, für ihr Handeln keine Konsequenzen fürchten zu müssen, ist nur mit erhöhter Repression beizukommen. Wo öffentlich zu Straftaten aufgerufen wird und menschenfeindliche Verschwörungserzählungen verbreitet werden, braucht es entschlossenes Handeln der Sicherheitsbehörden und juristische Konsequenzen.

In der Zivilgesellschaft wurde in den vergangenen Jahren eine breite Expertise zur Reichsideologie aufgebaut, die sich in den Analysen der Sicherheitsbehörden jedoch nicht abbildet. Die Curricula in der Polizeiausbildung sollten um Module zu Rechtsextremismus und Reichsbürgern ergänzt werden sowie regelmäßige Weiterbildungen für Polizeibeamte während der gesamten Laufbahn obligatorisch machen, die die demokratiefeindliche Ideologie und Gewaltaffinität dieser Gruppen in den Mittelpunkt rücken.

¹² Jan Rathje: „Reichsbürger“ – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik“, in: Wissen schafft Demokratie Band 1/2017, Hg. vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, 2017.

¹³ Antje Hildebrandt: Ein Königreich für eine Revolution. In: Cicero, 21. August 2020.

<https://www.cicero.de/innenpolitik/reichsbuerger-bundestag-reichstag-ruediger-hoffmann-mahnwache-versammlungsfreiheit>

4. Rechtsextremismus-Begriff schärfen

Die Besucher*innen der Demonstrationen werden als „überaus heterogen“ beschrieben¹⁴, Entscheidungsträger*innen und Kommentator*innen zeigen sich angesichts der Vermischung verschiedener Milieus überrascht. In der Betrachtung der Demo-Teilnehmenden zeigt sich häufig eine bewusste Differenzierung zwischen einschlägigen Rechtsextremen und Reichsbürgern und politisch harmlosen bzw. politisch unverdächtigen Personen wie den Akteuren aus dem Querdenken-Umfeld. Dabei sind deren Einstellungen nicht harmlos, sondern im Kern demokratiefeindlich und wegen ihrer scheinbar harmlosen Inszenierung gefährlich.

Was Reichsbürger mit ihrer Forderung nach einem souveränen Staat und einem „Friedensvertrag“ jahrzehntelang nicht schafften, machen die Querdenken-Leute mit ihrem Ruf nach einer „verfassungsgebenden Versammlung“ zum Mainstream, hinter der sich nichts anderes als die Forderung nach Abschaffung des Grundgesetz verbirgt. Inzwischen wurde bekannt, dass einige der führenden Personen personelle und ideologische Verschränkungen ins rechtsextreme Milieu aufweisen¹⁵.



Hier zeigt sich ein grundlegendes Problem: Alltagsverständnis und Klassifizierungen von Polizei und Verfassungsschutz beschränken sich auf Rechtsextremismus als Erscheinungsform, beobachten und bewerten also Organisationen, Gruppierungen und Tatbestände. Aus wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Perspektive ist Rechtsextremismus aber zuallererst als Ideologie und Einstellungsmuster zu beschreiben, das bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft verbreitet ist – historisch und aktuell eben auch in „alternativen“ und esoterischen Milieus.

¹⁴ Protestforscher Bernd Ulrich im Interview mit Radioeins: Heterogene Masse bei Corona-Demo. Ein neues Phänomen? 4. September 2020.

https://www.radioeins.de/programm/sendungen/die_schoene_woche/_heterogene-masse-bei-corona-demo--ein-neues-phaenomen-htm1

¹⁵ Jan Kixmüller: Deutliche Radikalisierung nach rechts. Extremismusforscher sehen nach den Berliner Corona-Protessen die Demokratie in Gefahr. In: Der Tagesspiegel, 03. September 2020.

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/proteste-gegen-corona-massnahmen-deutliche-radikalisierung-nach-rechts/26151712.html>



Geringschätzung der liberalen, pluralen Demokratie, völkische Konzepte von Nation und strukturell antisemitisches Verschwörungsdenken machen Menschen zwar ansprechbar für gezielte rechtsextreme Mobilisierung, sind aber meist nicht in geschlossen rechtsextreme Weltbilder eingebettet und können daher noch bearbeitet werden.

Hier können und müssen politische Bildung und demokratischer Diskurs ansetzen: Verschwörungsideologische Elemente rechtsextremer Weltbilder müssen zielgruppengerecht problematisiert, ihre menschenfeindlichen Konsequenzen benannt und gesellschaftlich wie pädagogisch bearbeitet werden.

Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden sollten ihren Blick um die beschriebene Perspektive erweitern und ggf. Expertise einholen, um Entwicklungen nicht hinterherzuhinken.

Die Bundesregierung muss eine erweiterte Arbeitsdefinition Rechtsextremismus verabschieden, an der sich Politik, Sicherheitsbehörden und Verwaltung orientieren.

5. Digitale Hass-Communities ins Visier nehmen

Vernetzung und Desinformationen im Internet sind ein Radikalisierungsmotor und geben verschwörungsgläubigen und rechtsextremen Milieus aktuell enormen Auftrieb. Jüngst übertrug sich so die aus dem US-amerikanischen kommende "QAnon"-Verschwörungserzählung erst auf den deutschsprachigen digitalen Raum und dann auf die Proteste der Corona-Leugner*innen. In den USA wird diese antisemitische Ideologie, die die Rückgewinnung vermeintlich fehlender Souveränität von einer verschworenen, Kinderblut trinkenden Elite mit der Vorstellung von Präsident Trump als Heilsbringer verknüpft, bereits mit einer Vielzahl teils bewaffneter Übergriffe in Verbindung gebracht. Auch die derzeitige Radikalisierung unter deutschen QAnon-Gläubigen war insbesondere im digitalen Raum über Monate absehbar.

Soziale Netzwerke und Messengerdienste dienen längst als zentraler Kommunikations- und Organisationsraum. Insbesondere im sogenannten „Dark Social“ – geschlossenen oder halb-öffentlichen Medien und Messengerdiensten – bilden sich digitale Parallelgesellschaften, die immer mehr Menschen in ihren Bann ziehen. Angesprochen über die populären Sozialen Netzwerke wie Facebook, YouTube und Instagram, geraten sie in diese abgeschotteten Kommunikationsräume. Es entstehen rechts-alternative Echokammern ohne jeglichen Widerspruch. Corona-Leugner*innen und andere Verschwörungsgläubige geraten so durch eine Art Schneeballprinzip von einer Chatgruppe in die nächste, eine Lawine der Radikalisierung kommt ins Rollen¹⁶. In diesen digitalen Räumen werden nicht nur Aktionen wie Demonstrationen geplant, sondern auch Feindbilder etabliert und Mordaufrufe verbreitet.

Die Analyse und Erfassung des Rechtsextremismus muss an die veränderten Strukturen angepasst werden. Digitale Räume und das „Dark Social“ müssen als Radikalisierungsräume ernstgenommen und als Frühwarnsysteme genutzt werden. Konspirative Hass-Communities können nur mit höherem Verfolgungsdruck durch Netzwerkbetreiber und besser geschulte Sicherheitsbehörden aufgelöst werden.

Dazu benötigt es eine umfangreiche Fortbildung hinsichtlich der Online-Räume und -Phänomene, einschließlich szenetypischer Codes und Sprache.

Die bereits angekündigte Zentralstelle für Hasskriminalität im Netz muss umgehend ihre Arbeit aufnehmen. Der Ankündigung, rechtsextreme Straftäter auch online stärker in den Fokus zu nehmen, muss endlich die kompetente Besetzung der in Aussicht gestellten 300 zusätzlichen Stellen beim BKA folgen.

Technische Lösungen wie die automatisierte Einbindung von Informationen gegen Desinformationsstrategien oder Algorithmen zugunsten sachlicher anstatt populistischer Inhalte können den Einstieg in Hass-Communities erschweren.

¹⁶ Miro Dittrich, Lukas Jäger, Claire-Friederike Meyer, Simone Rafael: Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien. Hg. im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung, Februar 2020. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/alternative-wirklichkeiten/>

6. Antidemokratische Angsträume verhindern

Die in großer Zahl anreisenden Teilnehmenden der Corona-Demonstrationen sorgten schon im Vorfeld für ein Gefühl der Unsicherheit und Angst unter People of Color, Jüd*innen und anderen marginalisierten Gruppen¹⁷. Innerhalb dieser Communities wurde dringend davor gewarnt, sich im Umfeld der Demonstrationen zu bewegen, so dass viele Angehörige dieser Gruppen während des Wochenendes wenig bis gar nicht vor die Tür gingen, weil sie Anfeindungen und Übergriffe befürchteten. Die Sorge war berechtigt, denn die Stimmung innerhalb der Demonstration war aufgeheizt, Gegendemonstrant*innen wurden verbal attackiert und körperlich bedrängt, wenn sie als solche erkannt wurden.

Dieses bedrohliche Gefühl sorgte dafür, dass Gegendemonstrierende und Demo-Beobachter*innen aus Gründen des Selbstschutzes teils auf ihre Alltagsmasken verzichteten und ein erhöhtes Ansteckungsrisiko zugunsten der körperlichen Unversehrtheit in Kauf nahmen. Auch die freie Presse-Berichterstattung wurde behindert, die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union berichtet von insgesamt 19 verbalen und körperlichen Angriffen¹⁸.

Während der Demonstration war eine deutliche Abwesenheit von Polizeipräsenz rund um die Demonstration der Corona-Leugner*innen festzustellen. Insbesondere im Kern der Demo war über hunderte Meter keine Polizei anzutreffen. Zugleich waren Gegendemonstrationen von der Polizei abgeschirmt und teils weder zu betreten noch zu verlassen.

¹⁷ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Verschwörungsideologische Bündnisdemonstration mit bundesweiter Mobilisierung und großer rechtsextremer Beteiligung am 29. August 2020. 26. August 2020. <https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/verschwoerungsideologische-buendnisdemonstration-mit-bundesweiter-mobilisierung-und-grosser-rechtsextremer-beteiligung-am-29-august-2020/?back=%2Faktuelles-news%2F%3F%3Dde&lang=de>

¹⁸ Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union: Kamerateams und einzelne Journalist*innen bedroht und geschlagen - Pressearbeit durch Polizei behindert. 31. August 2020. <https://dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++454a5292-eb63-11ea-90b1-001a4a160100>

Während klassische Rechtsextreme erwartbar aggressiv und lautstark auftreten und ein Sicherheitsrisiko abwägbar ist, verbirgt sich das aggressive Potenzial der Corona-Demonstrationen häufig hinter einem zunächst unscheinbaren Äußeren und grundsätzlich freundlichen Auftritt. Die Demonstrationen in Berlin haben eine bundesweite Strahlkraft bis in die ländlichen Räume: Der massenhafte Verstoß gegen Hygiene-Auflagen hat wenig bis keine Konsequenzen, ebenso wie das Verbreiten demokratie- und menschenfeindlicher Inhalte. Engagierte vor Ort berichten, dass sich Menschen unter Verweis auf die Großdemonstrationen das Tragen von Alltagsmasken verweigern und die Legitimation einer breiten Bewegung hinter sich wähen. Es besteht eine große Gefahr von Nachahmungseffekten auf lokaler Ebene, ähnlich wie sie in den vergangenen Jahren in den bundesweiten Ablegern der Pegida-Bewegung und den „Nein zum Heim“-Protesten zu beobachten waren.

Es muss das Gefühl wiederhergestellt werden, dass die Polizei die Corona-Demonstrationen im Griff und demokratiefeindliche Äußerungen im Blick hat. Gleichzeitig muss das Gefühl der Unsicherheit von marginalisierten Gruppen berücksichtigt und Gegenprotest ermöglicht werden. Dazu gehört auch das politische Signal, dass Gegenprotest nicht unerwünscht ist und deswegen abgeschirmt wird.

Das Recht auf Protest unter Gewährleistung der körperlichen Unversehrtheit muss für alle Beteiligten gleichermaßen gewährleistet sein. Dazu gehört, dass die Versammlungsbehörden den Infektionsschutz für alle Demonstrationsbeteiligten gewährleisten.

7. Beratungsangebote ausbauen

Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen haben sich aus dem demokratischen System entkoppelt, misstrauen Medien und Institutionen. Personen mit einem gefestigten verschwörungsideologischen Weltbild sind kaum noch empfänglich für klassische Aufklärungsangebote, Fakten und Evidenz. Ihre Wissenschaftsfeindlichkeit vereint sie mit anderen Milieus der Coronaleugner*innen. Interventionen, die sie in ihrem Weltbild herausfordern, haben deshalb die größten Erfolgsaussichten, wenn sie im privaten Umfeld stattfinden.

Insbesondere seit der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden massiven Verbreitung von Verschwörungserzählungen verzeichnen Projekte und Beratungsstellen einen enormen zusätzlichen Beratungsbedarf. Er besteht sowohl bei Menschen, die aufgrund von Verschwörungserzählungen – z.B. dass Asiat*innen für Covid-19 verantwortlich seien – rechte Gewalt erleben als auch bei Angehörigen oder Freund*innen von Personen, die in Verschwörungskreise abdriften.

Wer Beratungsarbeit leistet – vom Hilfefon Gewalt gegen Frauen bis zu den kommunalen Beratungsstrukturen – hat nicht immer die Kompetenz, um auch zum Umgang mit Verschwörungsideologien zu beraten. Umgekehrt fehlt Expert*innen im Bereich Verschwörungsideologie die Expertise in psychosozialer Begleitung, um Angehörigen von Verschwörungsgläubigen die nötige Stabilität zu geben und sie langfristig zu begleiten. Beratungsstellen aus dem Bereich Rechtsextremismus haben zwar oft eine grundlegende Kenntnis zu antisemitischem Verschwörungsdenken und Reichsideologien, jedoch keine ausgebaute Fachexpertise.

Der gestiegene Bedarf an Beratung ist nur durch eine langfristige Aufstockung von Mitteln abzudecken, da die wenigsten Anlaufstellen auf diese Themen eingestellt und zahlreiche Träger ohnehin prekär ausgestattet sind. Beratende müssen die Möglichkeit bekommen, sich im Rahmen ihrer Arbeitszeit weiterzubilden, um den veränderten Bedarfen gerecht zu werden. Insbesondere braucht es eine bessere finanzielle Ausstattung derjenigen Träger, die mit ihrer Expertise andere Beratende schulen könnten.

Hilfsangebote sollten sich zuallererst an Familienangehörige, Partner*innen, Freund*innen und Kolleg*innen richten, um sie in ihren Möglichkeiten der Intervention zu stärken. Es muss zügig ein bundesweites Netzwerk der Träger aufgebaut werden, die bislang mit unterschiedlichen Milieus – wie im Bereich der häuslichen Gewalt, dem Kinderschutz, Weltanschauungsfragen etc. – arbeiten, um eine Verweisstruktur aufzubauen und eine zielgruppengerechte Beratung zu gewährleisten.

Um insbesondere auch Kinder und Jugendliche zu erreichen, deren Eltern, Verwandte oder Freund*innen in verschwörungsideologische Milieus abgerutscht sind, braucht es lebensweltnahe und bestenfalls aufsuchende Beratungsangebote in den Regelstrukturen wie Schule oder Jugendtreff. In einem ersten Schritt sollten dafür Fortbildungen für Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen angeboten werden.

8. Radikalisierung erforschen und Expertise erweitern

Zurzeit können wir nur Schätzungen darüber aufstellen, wie viele Menschen Verschwörungsideologien rund um die Corona-Pandemie anhängen. Quantitative Studien zur Anzahl, Demografie und geografischen Verbreitung von Verschwörungsgläubigen ebenso wie von Reichsbürger*innen und Souveränist*innen fehlen. Gleiches gilt für die zielgenaue Einstellungsforschung. Forscher*innen arbeiten vereinzelt und auf Basis unsicherer Förderungen am Thema – weiterhin gibt es bundesweit keine einzige Professur zur Rechtsextremismusforschung.

Die Verfassungsschutzberichte legen bloße Zustandsbeschreibungen auf phänomenologischer Basis vor, statt in der aktuellen Situation der Öffentlichkeit treffende Analysen von Ideologie und Entwicklungen im Feld zugänglich zu machen.

Gerade die Vernetzung von Akteur*innen und die Verbreitung verschwörungsideologischer Inhalte im digitalen Raum (hier v.a. „Dark Social“, Messengerdienste wie Telegram) entfaltet unterdessen eine enorme Dynamik¹⁹.

Unabhängige wissenschaftliche Analysen würden die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden um eine wichtige Perspektive erweitern. Beispielsweise würde der innere Zusammenhang von Rechtsextremismus und Reichsideologie beleuchtet, anstatt Rechtsextreme nur als Teilmenge der erfassten Reichsbürger*innen zu beschreiben.

Auch die Erforschung von Radikalisierungsverläufen sowie Biographieforschung im Feld versprechen Erkenntnisse, von deren Transfer die Präventionspraxis und Sicherheitsbehörden enorm profitieren könnten.

Expertise zu Reichs- und Verschwörungsideologien, Esoterikszene und Rechtsextremismus aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden muss gebündelt werden, um langfristig Handlungsstrategien zu entwickeln – beispielsweise in einer Bundesarbeitsgemeinschaft Esoterik und Verschwörungsideologien, in der Sektenbeauftragte, Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, Expert*innen für Verschwörungsideologie und Anlaufstellen für Ausstiagsarbeit zusammenkommen.

Eine Schlüsselrolle kommt hier Monitoringstellen in Behörden und Zivilgesellschaft zu. Für ein engmaschiges Monitoring verschwörungsideologischer Vernetzungs- und Radikalisierungsbewegungen online müssen ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um mit der Dynamik der Vernetzung und Verbreitung verschwörungsideologischer Inhalte im digitalen Raum Schritt zu halten.

¹⁹ Miro Dittrich: "Es tauchen massenhaft Leute in die Verschwörungswelt ab". Erschienen auf mdr.de, 7. Mai 2020. <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/verschwörungswelten-interview-miro-dittrich-100.html>

9. Demokratiebildung neu fassen

Die Teilnehmenden der Anti-Corona-Demonstrationen sprechen von „Corona-Diktatur“, wähen sich und ihre Ablehnung der Hygieneschutzmaßnahmen in der Mehrheit und wollen ihren politischen Willen unmittelbar durchgesetzt sehen.

Diese Menschen eint eine Ablehnung demokratischer Aushandlungsprozesse und tiefes Misstrauen gegenüber politischen „Eliten“ und Wissenschaft. Eigener Verunsicherung und Wissenslücken wird mit Verschwörungsglauben und anderen Abwehrmechanismen begegnet. Ihre Forderung nach einer „Verfassungsgebenden Versammlung“²⁰ offenbart ihre Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und von Minderheitenrechten, die das Grundgesetz garantiert. Seit Jahrzehnten versuchen extreme Rechte mit einer demokratisch klingenden Forderung nach „direkter Demokratie“, die parlamentarische Demokratie abzuschaffen, da diese sich als wehrhaft gegen Demokratiefeindschaft erwiesen hat²¹. Die aktuellen Befürworter*innen einer „verfassungsgebenden Versammlung“ machen sich so zum Steigbügelhalter dieser rechtsextremen Strategie.

Politische Bildung in und außerhalb von Regelstrukturen muss weiter gedacht werden: Es reicht nicht, wenn Jugendliche lernen, wie das politische System funktioniert. Demokratiebildung heißt auch, für demokratische Kultur zu werben und soft skills wie Ambiguitätstoleranz und den Umgang mit Nicht-Wissen, Widersprüchen und widerstreitenden Meinungen zu vermitteln. Hierfür müssen gerade Regelstrukturen selbst weiter demokratisiert werden, um Kindern und Jugendlichen Selbstwirksamkeit und Freude an demokratischer Willensbildung zu vermitteln.

Weiterhin müssen auch Orte und Zielgruppen politischer Bildung und Demokratievermittlung neu gefasst werden: Politik und Verwaltung müssen ihr Handeln transparent und Demokratie erfahrbar machen, für Fragen und Anliegen von Bürger*innen erreichbar sein – in Sprechstunden, an Bürgertelefonen oder in Online-Formaten. Das Internet und Soziale Medien werden auch in Zukunft als Debattenraum an Bedeutung gewinnen. Hier müssen Bildungseinrichtungen eine wertschätzende und demokratische Debatten- und Streitkultur vermitteln.

²⁰ Sophie Garbe, Muriel Kalisch: Radikale geduldet. Erschienen auf zeit.de, 8. September 2020.
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/querdenken-bewegung-michael-ballweg-corona-demos-berlin-initiator>

²¹ Britta Schellenberg: Rechtspopulismus im europäischen Vergleich - Kernelemente und Unterschiede. Erschienen auf bpb.de, 28. Oktober 2018.
<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede>

Die Bildungsangebote zu Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien müssen schließlich auch auf Erwachsene zugeschnitten werden, etwa in Fortbildungen für Berufsverbände – von der Ärztekammer bis hin zur Vereinigung der Selbstständigen. Letztere leiden ganz besonders unter der Corona-bedingten Wirtschaftskrise, so dass Menschen aus diesen Gruppen potenziell anfällig für radikaler Positionen sein könnten.

10. Informations- und Medienkompetenz stärker fördern

Im Zuge der „Querdenken“-Kundgebungen lässt sich ein großes Misstrauen der Demonstrant*innen gegenüber Fakten, wissenschaftlicher Forschung und der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung erkennen. Statt tatsachenbasierter Berichterstattung dienen ihnen Soziale Medien und rechtsalternative Blogs als einziges Informationsmedium²². Eine Quellenprüfung findet nicht statt. Gleichzeitig boomt das Dark Social als Ort, an dem sich Rechtsextreme und das verschwörungsideologische Milieu organisieren.²³

Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Fake News rund um die Corona-Pandemie fallen auch deshalb auf fruchtbaren Boden, weil vielen die Medienkompetenz fehlt, um Informationen einzuordnen und auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Das betrifft einerseits Menschen, die ohne Internet und Soziale Netzwerke aufgewachsen sind und nicht zwischen der Güte von Informationsangeboten auf Plattformen wie YouTube oder rechts-alternativen Blogs und denjenigen aus öffentlich-rechtlichen Medienhäusern unterscheiden (können). Doch auch in den Schulcurricula fehlen umfassende Module, in denen die Kinder und Jugendliche lernen, ihre Privatsphäre in den Sozialen Medien zu schützen und Informationen kritisch zu hinterfragen.

Diejenigen, die sich bereits in Verschwörungsideologien hineingesteigert haben, wieder von faktenbasierten Informationsangeboten zu überzeugen, wird fast unmöglich sein. Die Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft ist es deswegen zu verhindern, dass noch mehr Menschen in verschwörungsideologische Filterblasen abdriften. Dafür sind umfassende Schulungen in Medienkompetenz notwendig – für Kinder und Jugendliche zunächst in Form eines „Internetführerscheins“ bereits im Grundschulalter. Dies sollte bis zum Ende der Schulzeit mit einer altersgerechten Adressierung weitergeführt werden, insbesondere, wenn Heranwachsende beginnen, sich gesellschaftlich und politisch zu positionieren. Zu

²² Johannes Baldauf, Miro Dittrich, Melanie Hermann, Britta Kollberg, Robert Lüdecke, Jan Rathje: Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure. Hg. im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung, 2017. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/toxische-narrative-monitoring-rechts-alternativer-akteure/>

²³ Jakob Guhl, Julia Ebner, Jan Rau: Das Online-Ökosystem rechtsextremer Akteure. Hg. im Auftrag des Institute for Strategic Dialogue, 2020. <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/das-online-oesystem-rechtsextremer-akteure>

diskutieren wäre, ob die Einführung eines Schulfachs Medienkompetenz nicht an der Zeit ist.

Um der Wissenschaftsfeindlichkeit zu begegnen und Verschwörungsideologien und Impfgegnerschaft den Nährboden zu entziehen, ist es essentiell, dass Politik, Wissenschaft, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft sich verstärkt mit der Bedeutung von Wissenschaftskommunikation auseinandersetzen. Es müssen niedrigschwellige, verständliche Formate für Jung und Alt entwickelt werden, die nicht nur der Vermittlung inhaltlicher Themen dienen, sondern auch in Hinblick auf ein prozedurales Verständnis darüber, wie Wissenschaft und Grundlagenforschung funktionieren und z.B. Studien erhoben werden.

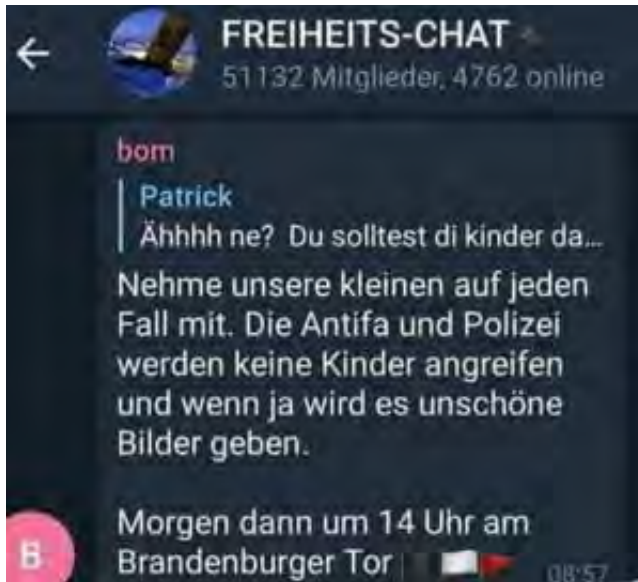
Angebote zur Medienkompetenz müssen aber auch außerhalb der Regelstrukturen geschaffen werden, um ebenfalls Erwachsenen, insbesondere Pädagog*innen, das notwendige Handwerkzeug zur Verfügung zu stellen, um Quellen überprüfen und zwischen Fakten und Fake News bzw. Desinformation unterscheiden zu können.

11. Situation von Eltern ins Auge fassen: Radikalisierungspotenzial und Kindeswohl

Kinder sind ein beliebtes Mobilisierungsthema in rechtsextremen wie rechts-alternativen Kreisen. Auch im Rahmen der Berliner Demonstration wurden Kinder in einem bislang ungekannten Ausmaß für politische Zwecke instrumentalisiert²⁴. Auffällig viele Teilnehmende waren mit ihren Kindern unterwegs, vom wenige Monate alten Säugling bis zum Teenager. Etliche kleideten die Kinder in Reichsfarben oder andere einschlägige Symboliken wie T-Shirts mit dem Q-Aufdruck. Teilnehmende skandierten „Für die Kinder! Für die Freiheit meiner Kinder!“ oder druckten entsprechende Slogans auf ihre Schilder.

Kinder wurden auch auf den Bühnen der Demonstration instrumentalisiert. So las auf einer Bühne ein etwa 10-jähriger Junge einen Text vor, ein Liedermacher-Paar führte ein Kleinkind mit auf die Bühne.

²⁴ Simone Rafael: Kinderschutz propagieren, aber Kinder als Schutzschilder benutzen. Erschienen auf belltower.news, 1. September 2020. <https://www.belltower.news/querdenken-narrative-kinderschutz-propagieren-aber-kinder-als-schutzschilder-benutzen-103489/>



Beiträge aus Chatgruppen der Demonstrationsteilnehmenden belegen, dass Kinder aus Kalkül mitgebracht wurden, um repressive Maßnahmen im Demonstrationsverlauf zu unterbinden, weil die Polizei „keine Kinder angreifen“ und es sonst „unschöne Bilder geben“ werde. Diese Instrumentalisierung von Kindern als „Schutzschilde“ zeigte sich auch beim sogenannten „Sturm auf den Reichstag“. Mehrere der Personen, die die Polizeiabspernung durchbrachen und sich auf den Treppen des Gebäudes versammelten, führten jüngere und Kleinkinder mit.

Diese Handlungen verknüpfen sich häufig mit Diskursen zur Impfgegnerschaft und Ablehnung der Schulmedizin, die wiederum oft verschwörungsideologisch und antisemitisch aufgeladen sind. Die Begründung, man engagiere sich im Sinne bzw. für die Zukunft der Kinder, immunisiert zugleich gegen Anfeindungen, da eine kritische Auseinandersetzung als „kinderfeindlich“ verunmöglicht wird.

Im Rahmen der Corona-Demonstrationen ist es unbedingt erforderlich, Sicherheitskonzepte und -maßnahmen daraufhin zu prüfen, ob sie mit der hohen Zahl anwesender Kinder vereinbar sind. Es muss unbedingt verhindert werden, dass Kinder verletzt oder traumatisiert werden, sei es durch behördliche Maßnahmen oder das unvorhersehbare und möglicherweise aggressive Verhalten der Demonstrationsteilnehmer*innen.

Es ist zu befürchten, dass im Zuge der Ausbreitung von Verschwörungsmythen unter Eltern auch eine neue Generation von Kindern geprägt wird, die künftig empfänglicher für demokratie- und wissenschaftsfeindliche Einstellungen sind. Hierzu sollte unbedingt die Expertise von Kinderschutzorganisationen und Sektenberatungsstellen einbezogen werden.

Es ist dringend nötig, die begründeten Ängste, Verunsicherungen und Bedürfnisse insbesondere unter Eltern ernst zu nehmen, um einer weiteren Radikalisierung von Eltern entgegenzuwirken. Maßnahmen und Entscheidungen zum Umgang mit der Pandemie sollten noch umfassender und empathischer über Regelstrukturen, Kinderarztpraxen und andere Einrichtungen kommuniziert werden.